

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Der zweite Weltkrieg.

Ein angeblicher Plan Mussolinis.

Die Hugenberg-Presse begleitet die nationale Kundgebung des Deutschen Reichstags gegen die Hebrade Mussolinis mit wilden Angriffen auf die deutsche Regierung, die deutsche Friedenspolitik, auf sämtliche Parteien des deutschen Reichstags, die Deutschnationalen nicht ausgenommen. Sie führt das Schwert im Runde, das wir nicht besitzen, sie redet von deutscher Rache. Träumt sie vom kommenden Kriege? Nein, sie wütet darüber, daß die Gelegenheit zu einem zweiten Weltkriege verfaumt worden ist.

Im „Tag“ behauptet Herr A. Zimmermann, Mussolini sei auf Deutschland erboht, weil es im Jahre 1923 nicht auf einem Mussolinischen Kriegsplan eingegangen sei.

„Vor zwei Jahren kühlten wir uns die Stirmen, die die Franzosen an der Ruhr uns geschlagen hatten, und schrien nach einer Atempause, die der Banddirektor Dames uns dosieren sollte. Jeder an Leib und Seele krenkrecht gebaute Mensch mußte sich sagen: wann Deutschland einmal den Franzosen an die Gurgel, dann ist es um sie geschehen.“

In dieser Zeit schloß Mussolini seinen General Capello zu unseren Vaterländischen und zu unseren Regierenden mit der Woffhaft:

„Wenn das gepöhlte deutsche Volk zum Freiheitskampfe aufsteht, garantiere Italien für Waffen und Ausrüstung.“

Wir aber schauten lächeln. Wir begriffen nicht, daß der römische Cäsar, der sein Italien zur Weltmacht machen will, auf den Gallischen Krieg zusteuernde, Spanien und England gehören tatsächlich zu der kommenden Entente gegen Frankreich. Und auf der anderen Seite hatte man — so dachte Mussolini — das nach Rache und Freiheit durstende Deutschland. Er täuschte sich. Wir taten das Gegenteil des Erwarteten, unsere Hochwohlwensen warfen sich vor Frankreich nieder und —

verbürgten ihm seine Sicherheit. Ob dieser Dummheit entbrannte Mussolini lichterloh. Schwer fuhr seine Faust auf Südtrol nieder; und uns saucht er nun höherfüßt an.

Das ist das einzige außenpolitische Ergebnis der Stresemannschen Diplomatie bisher. Die Rede Mussolinis vom vorigen Sonnabend ist die erste „Rückwirkung“ von Locarno.“

Herr A. Zimmermann ist gewiß unterrichtet darüber, was bei den Vaterländischen vorgeht und vorgegangen ist. Nach seinem Zeugnis hat Mussolini im Jahre 1923 durch einen Mittelsmann den Vaterländischen Waffen und Ausrüstung zu einem Revanchekrieg angeboten. Sein Plan war, einen zweiten Weltkrieg zu entfesseln, einen Weltkrieg gegen Frankreich. Eine deutsch-englisch-italienisch-spanische Entente sollte Frankreich zu Boden zwingen.

Ein wahnwütiger Plan, dessen politische und militärtechnische Unsinnigkeit nicht ausgemalt zu werden braucht, um zu zeigen, was er für Europa, vor allem aber für Deutschland bedeutet hätte. Caligula-Mussolini wollte die europäische Situation in einem zweiten Weltkrieg seinen Größenwahn opfern.

Der Wahnsinn Mussolinis ist eine Gefahr für den europäischen Frieden, eine ständige Kriegsdrohung. Das faschistische Regime in Italien sucht Bundesgenossen für seine verheerische und wahnwütige Politik in anderen Ländern. Es stachelt den Geist des revanchelüsteren kriegerischen Nationalismus. Daher die Sympathien der deutschen Nationalisten für Mussolini — trotz seiner Beschimpfung des deutschen Volkes.

Die Befestigung der Friedenspolitik in Europa erfordert die Bekämpfung des Faschismus. Der Plan Mussolinis für einen zweiten Weltkrieg zeigt, welche friedensfeindlichen, verbrecherischen Kräfte der Faschismus umschließt.

und den Kommissionen des Völkerbundes bereits gepflogenen Beratungen und nach den zwischen uns ausgetauschten Erläuterungen Ihnen die Auslegung mitzuteilen, die wir unsererseits dem Artikel 16 geben.

Nach dieser Auslegung sind die sich für die Bundesmitglieder aus diesem Artikel ergebenden Verpflichtungen so zu verstehen, daß jeder der Mitgliedsstaaten des Bundes gehalten ist, loyal und wirksam mitzuarbeiten, um der Schaffung Achtung zu verschaffen und jeder Angriffshandlung entgegenzutreten, in einem Maße, das mit seiner militärischen Lage verträglich ist und das seiner geographischen Lage Rechnung trägt.

Van der Oude. Orland. Chamberlain.
Dr. Benesch. Stragnoli.
Baldwin. Scialoja.

Mussolini will Italien erweitern.

Das „Napoleonische Jahr“.

Der faschistischen „Gerarchia“ hat Mussolini eine Botschaft geschickt, in welcher u. a. gesagt wird: „Wir müssen Vertrauen haben in die faschistische Revolution, die im Jahre 1926 ihr napoleonisches Jahr haben wird. Wir müssen Vertrauen in das italienische Volk haben, das sich heute in materiellem und moralischem Sinne seinen Platz in der Welt erwirbt und das die Kraft hat, diesen Platz so zu vergrößern, daß er seiner gewachsenen und weiterwachsenden Macht entspricht. Dieses unser Vertrauen muß wachsam und gerüstet sein.“

Heute Antwortrede Mussolinis.

Rom, 10. Februar. (Agenzia Stefani.) In der morgigen Senats-sitzung wird Mussolini auf die Reichstagsrede Dr. Stresemanns antworten.

Faschistenfiasco in Brüssel.

Sie wollten die Armeeverringering zum Putsch benutzen.

Brüssel, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag wurden hier die Fahnen der durch die neue Heeresreform abgebauten Regimenter in Gegenwart des Prinzen Leopold und des Ministerpräsidenten Pouillet, der augenblicklich auch Kriegsminister ist, feierlich im Museum untergebracht. Diese Gelegenheit wollten die Faschisten zur Kraftprobe benutzen. Die Behörden hatten Kenntnis erhalten von einem regelrechten Putschplan. Die Faschisten sollen daran gedacht haben, das Parlament zu besetzen und falls das mißlingen würde, wohlwollende Arbeiterinstitutionen zu überrumpeln. Die Demonstration endete jedoch mit einem kläglichen Fiasco für die Faschisten. Bei der Uebergebung der Fahnen brüllten eifrig Faschisten Schimpfworte gegen Pouillet. Nach der Zeremonie zogen einige Hundert Manifestanten durch die Straßen mit den Ausrufen: „Nieder mit Pouillet! Nieder mit Bondevolde! Hoch die Armee!“ Ihre Absicht, vor das Parlament zu ziehen, wurde durch ein starkes Aufgebot von Polizisten und berittener Gendarmen, die alle Zugänge sperren, vereitelt. Hierauf zerstreuten sich die Demonstranten. Die Arbeiterkraft hatte sich nach vorheriger Verhandlung von der Demonstration ferngehalten, hielt sich aber für alle Eventualitäten bereit.

Reinhold gegen Schlieben.

Der neue Reichsfinanzminister vor dem Reichstag.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-sitzung, die um 1 Uhr begann, steht die erste Lesung des Etats. Der Reichstag hat den guten Vorfall gefaßt, das Reichshaushaltsgesetz diesmal endlich wieder rechtzeitig, das heißt bis zum 1. April dieses Jahres, zu verabschieden. Hoffentlich gelingt ihm das!

Am Rednerpult steht ein kleiner unscheinbarer junger Mann, dem man seine 38 Jahre nicht anmerkt, und der mit unheimlicher Geschwindigkeit und mit sächsischem Dialekt sein Manuskript vorliest. Das ist der neue Reichsfinanzminister, der frühere sächsische Finanzminister Dr. Reinhold. Er beginnt mit Darlegungen über die deutsche Wirtschaftskrise. 2002 Konturie, 1532 Geschäftsaussichten im Januar, 2 Millionen Erwerbslose am 1. Februar, 2,5 Millionen Kurzarbeiter! Dann zählt er die Gründe der Krise auf und rechnet zu ihnen besonders auch die Ueberlastung der Wirtschaft mit öffentlichen Abgaben, Steuern in der gegenwärtigen Höhe seien auf die Dauer nicht zu ertragen.

Hier löst dem Redner zum erstenmal Beifall aus der Mitte entgegen, besonders aus den Reihen der Demokraten. Auf dem Reichstagslerplatz sieht wie einst Herr Luther und hört zu, wie Herr Reinhold die Steuerpolitik seines Vorgängers, des Herrn v. Schlieben, kritisiert.

Der Reichsfinanzminister beginnt dann sein Steuerprogramm zu entwickeln. Er kündigt zunächst eine Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 0,8 Proz. an und begründet diese Maßnahme ausführlich.

Der Eintritt in den Völkerbund.

Wortlaut des Aufnahmeantrags und Auslegung des Art. 16.

Amlich wird mitgeteilt: Das am 10. Februar 1926 dem Generalsekretär des Völkerbundes übergebene Aufnahmeantrag Deutschlands in den Völkerbund hat folgenden Wortlaut:

Herr Generalsekretär!

Unter Hinweis auf das deutsche Memorandum an die Regierungen der Ratsmächte vom September 1924, auf die Ihnen, Herr Generalsekretär, übersandte deutsche Note vom 12. Dezember 1924 und auf die Antwort des Völkerbundsrats darauf vom 14. März 1925 sowie unter Bezugnahme auf die in Abschrift hier beigefügte Note der übrigen an den Verträgen von Locarno beteiligten Regierungen vom 1. Dezember 1925 beziehe ich mich gemäß Artikel 1 der Völkerbundssatzung namens der deutschen Regierung hiermit die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu beantragen. Ich bitte Sie, diesen Antrag baldmöglichst auf die Tagesordnung der Bundessammlung setzen zu wollen.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung gez. Stresemann.

Anlage zu der deutschen Note an den Völkerbund.

London, 1. Dezember 1925.

Die Deutsche Delegation hat gewisse Klarstellungen hinsichtlich des Artikels 16 der Völkerbundssatzung verlangt. Wir sind nicht zuständig, im Namen des Völkerbundes zu sprechen; wir zögern aber nicht, nach den in der Versammlung

Für den Wohnungsbau.

Die Gebäude-Entschuldungssteuer.

Von Paul Hirsch.

Der preussische Gesetzentwurf einer Gebäudeent-schuldungssteuer, der jetzt dem Landtag vorliegt, be-ruht auf den reichsgesetzlichen Vorschriften über den Gebäudewertungsausgleich bei bebauten Grundstücken (Artikel 2 des Finanzausgleichsgesetzes vom 10. August 1925). Vorschriften, die größtenteils zwingender Natur für die Länder sind. Das Reichsgesetz verpflichtet die Länder und nach näherer Bestimmung des Landrechts die Gemeinden zur Erhebung einer Steuer vom bebauten Grundbesitz, deren Aufkommen einmal zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs und sodann zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens dienen soll. Bis zur Erreichung der vollen Friedensmiete (1. April 1926) dürfen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs nicht weniger als 20 Proz. und nicht mehr als 30 Proz. der Friedensmiete elabehalten bleiben. Erhöht sich die Miete über die Friedensmiete hinaus, so darf von dem Mehrbetrage der Miete höchstens ein Fünftel für den allgemeinen Finanzbedarf beansprucht werden. Es ist also im Gegenfalle zu heute, wo nur mindestens 10 Proz. des Aufkommens für die Förderung des Wohnungsbau-rechts vorbehalten sind und das gesamte übrige Aufkommen für den allgemeinen Finanzbedarf in Anspruch genommen werden kann, nunmehr reichsrechtlich ein Höchstfah für den allgemeinen Finanzbedarf — neben einem Mindestfah, der in seiner Höhe durch den Notbedarf der Länder und Gemeinden bestimmt wird — festgelegt und neben einem Mindestfah für die Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens die weitere Inanspruchnahme der Mietsteigerungen über 100 Proz. der Friedensmiete für die Bau-tätigkeit zugelassen worden.

Nach dem Reichsgesetz ist das Aufkommen für den Wohnungsbau, insbesondere zum Bau von Kleinwoh-nungen für die minderbemittelte Bevölkerung und linderreiche Familien, sowie zur Erhaltung dieser Art Altwohnungen zu verwenden. Desgleichen sind solche Gläubiger und Sparer zu berücksichtigen, welche durch die Inflation ihr Vermögen verloren haben. Auch können die Länder aus dem für den Wohnungsbau zu verwendenden Teil der Steuer Darlehen an unbemittelte linderreiche Familien und an Schwerkrriegsbeschädigte, insbesondere auch an Kriegsblinde, bis zur vollen Höhe der Baukosten ge-währen. Neu ist die stärkere Herausarbeitung des Gedankens des Gebäudewertungsausgleichs, d. h. die Steuerfah werden bei Grundstücken, die am 31. Dezember 1918 entweder unbelastet waren oder deren dingliche privatrechtliche Belastung nicht mehr als 30 Proz. des Friedenswertes betrug, auf Antrag des Eigentümers auf 10 bis 25 Proz. der Friedensmiete herabgesetzt. Doch sind die Länder an diese Staffelung nicht unbedingt gebunden, sie können die Sätze zum Zwecke der Angleichung aneinander oder an die allgemeinen Sätze erhöhen oder herabsetzen. Des weiteren können die Länder Bestimmung darüber treffen, inwieweit die Vergünstigung sich auf Grundstücke erstreckt, die in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 31. Dezember 1918 belastet worden sind.

In dieser Beziehung macht nur der preussische Entwurf von den den Ländern eingeräumten Befugnissen weitgehenden Gebrauch, indem er neben der Weiterführung der reichsrecht-lichen Staffelung bis auf 35 Proz. der Friedensmiete zur Vermeidung von Härten vorsteht, daß über die reichsrechtliche Regelung hinaus bei den dinglichen Lasten die bis zum 31. Dezember 1918 erfolgte Tilgung von dem Kennbetrage der Last abgesetzt wird, und daß der Goldmarkbetrag, der in der Zeit seit dem 31. Dezember 1918 bis zum 15. Juni 1922 zurückgezahlt Lasten, soweit er mehr als 25 Proz. des Kennbetrages der Last betrug, von dem Kennbetrag der ein-gebrachten Last in Abzug gebracht wird. Keine Steuerer-günstigungen sollen den Grundstückseigentümern gewährt werden, die in der Inflationszeit Grundstücke durch Kauf erworben haben, da sie diese zu einem Bruchteil des Goldmarkbetrages des Friedenskaufpreises gekauft haben. Bei dem Erwerb von Verwandten bis zum dritten Grade sollen die Steuererleichterungen jedoch zugestanden werden. U. E. würde der Absicht des Gesetzgebers sicher dann Rechnung getragen werden, wenn die Herabsetzung der Steuer auf 30 Proz. begrenzt würde.

Weit größere Bedenken aber haben wir gegen die steuerliche Bevorzugung der landwirtschaftlichen Gebäude, die der preussische Entwurf nicht zur Gebäudeentwertungssteuer heranziehen will. Mit dem Hinweis darauf, daß die landwirtschaftlichen Gebäude später bei der Erhebung der Gebäudewertungsausgleichssteuer von den unbebauten Grundstücken gemäß §§ 23 ff. der dritten Steuernormenordnung herangezogen werden sollen, ist es nicht getan. Hier gilt es, gleich bei der ersten Regelung mit gleichem Maße zu messen.

Völlig unannehmbar ist die Bestimmung, daß die Bezirks-fürsorgeverbände zur Deckung der erhöhten Kosten, die sie infolge der Gebäudeentwertungssteuer zur Fürsorge für hilflosbetüßigte Mieter aufwenden müssen, aus dem örtlichen Aufkommen ihrer Gemeinden an Gebäudeentwertungssteuer 8 Proz. vorweg erhalten sollen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine wesentliche Verringerung des ohnehin nicht übermäßig hohen Betrages, der dem Wohnungsbau zu dienen bestimmt ist. Das sollte doch aber letzten Endes der Hauptzweck der Steuer sein. Deshalb fordern wir nicht nur

die Streichung dieser Bestimmung, sondern darüber hinaus auch eine andere Unterverteilung der für allgemeine Finanzzwecke und für Zwecke des Wohnungsbaues bestimmten Beträge.

Ebenso wichtig ist es, der Benachteiligung der großen Städte zugunsten des platten Landes ein Ende zu machen. So sehr wir den Grundsatz billigen, daß einer für alle und alle für einen einzutreten haben, so gibt es doch auch hier eine Grenze. Wenn z. B. in Berlin — und in anderen Großstädten verhält es sich genau so — von 111 Millionen Mark, die auf den Neubauanteil entfallen, nach der jetzt geltenden Regelung der Hauszinssteuer nur 63,5 Millionen in Berlin selber verbleiben und die übrigen 47,5 Millionen in den Ausgleichsfonds bei dem Ministerium für Volkswohlfahrt fließen, so heißt das doch weit über das Ziel hinausgeschossen, um so mehr, da dieser Fonds im Vorjahre zu zwei Fünfteln zu den verschiedensten Zwecken, nämlich zur Kapitalbeteiligung und Gewährung von Betriebskapital für die Preussische Landespfandbriefanstalt und die provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften, zur Gewährung von Arbeitgeberhypothesen für Staatsbeamte und Lehrer und von Sonderhypothesen für die abgebauten Staatsbeamten und zur Schaffung von Fünfteln und nur zu drei Fünfteln unmittelbar zur Gewährung von Hauszinssteuerhypothesen — außerhalb Berlins — verwendet worden ist. Die einseitige Erhöhung des Anteils für den Ausgleichsfonds zugunsten der Großstädte ist in keiner Weise gerechtfertigt. Es ist vielmehr eine selbstverständliche Forderung, daß angesichts der geradezu katastrophalen Wohnungsnot die Hauszinssteuermittel in erster Linie für den Wohnungsbau in den Gemeinden verwendet werden, in denen sie aufkommen.

Diese Forderung ist bei der bevorstehenden Beratung des Gebäudeversicherungsgesetzes um so nachdrücklicher zu erheben, weil im Fall der unveränderten Annahme der Regierungsvorlage für Neubauten insgesamt für 1926 etwa 12 Millionen weniger verfügbar wären als für 1925. Gerade die Sozialdemokratie als Vertreterin des Teils der Bevölkerung, der am schwersten unter der Wohnungsnot leidet, muß alles daran setzen, um die Bewerigung des Uebels zu verhindern. Nicht um den Gemeinden einige Millionen mehr zuzuwenden, sondern um dem sittlichen und gesundheitlichen Wiederaufbau des deutschen Volks die Wege zu ebnen, fordern wir ausreichende Mittel für den Wohnungsbau.

„Nationale“ Presse.

Die Rechtspresse zur Reichstagskündgebung.

Der deutsche Reichstag hat gestern in würdiger, wahrhaft nationaler Kundgebung die Annahme Mussolinis zurückgewiesen. Es war eine nationale Kundgebung, die sich nicht in Kraftphrasen berauschte, sondern ein Bekenntnis zu dem kulturellen Zusammenhang Deutschlands mit den deutschen Minderheiten war. Sie stellte das Recht gegen die brutale Gewalt.

Eben deshalb sind die unzufrieden, die glauben, um national zu sein, müsse man das Schwert im Munde führen — auch wenn man es nicht besitzt. Nichts Dürftigeres, Würdigeres, häßlicheres, als die Kommentare der deutschnationalen Presse zu der einmütigen Abwehr der Mussolinischen Hejrede durch den Reichstag. Eins der deutschnationalen Organe, das sich in diesem Falle bemüht, den nationalen Anstand zu wahren, die „Deutsche Tageszeitung“, meint, es wäre das erstemal seit Jahren gewesen, daß auch ein sozialdemokratischer Redner sich wenigstens so weit in die allgemeine außenpolitische Linie einfügte, daß er seine Worte stärker nach außen als nach innen richtete. Seit Jahren hat die Sozialdemokratie die allgemeine außenpolitische Linie entscheidend mitbestimmt, hat sie verteidigt und gerettet gegen die Deutschnationalen, die, statt Worte und Taten nach außen zu richten, nur die eigene Regierung beschimpften und bekämpften. Man fühlt in dieser historisch so falschen

Bemerkung die Unlust der Deutschnationalen, sich der würdevollen Kundgebung des Reichstages einzufügen.

Bei der übrigen deutschnationalen Presse ist nun aber gar keine Rede davon, daß sie sich „so weit in die allgemeine außenpolitische Linie einfügte“, daß sie ihre Worte stärker nach außen als nach innen richtete. Satt das Recht der deutschen Kulturgesellschaft zu verteidigen, greift sie selbst die Verteidiger an.

Die „Augsburger Allgemeine“ meint, Herr Mussolini könne zufrieden sein. In der „Deutschen Zeitung“ heißt es: Wohl niemals hat sich Reichsaussenminister Dr. Stresemann als ein so schlechter, wirkungsloser Redner gezeigt, wie gestern im Reichstag, als es galt, den brutalen Drohungen Mussolinis die Empörung derer entgegenzusetzen, von denen er selbst zum Schluss seiner Rede erklärte: daß „ihre äußere Machtpolitik nicht gleichbedeutend zu sein braucht mit dem Verlust innerer Kraft, wenn sie sich auf einen einheitsvollen nationalen Willen zu stützen vermag“.

Durch Einschränkungen, Wiederholungen, Abschwächungen jeder Art zögerte er den Protest hin in eine lange, langweilige Rede — scharfe Worte nur verwendend, um sie im nächsten Satz zurückzunehmen. Und sich im übrigen mit Worten — mit solchen ausdrücklich in ihrer Richtigkeit und in ihrer praktischen Bedeutungsfähigkeit betonten Worten — begnügend.

Natürlich mit Worten sich begnügend. Hätte Stresemann einen Repolierschuh in die Glasdecke feuern sollen? Nach der Hugenberg-Presse freilich hätte er mehr zertrümmern müssen, um ihr Wohlgefallen zu erringen. Dazu hätte es schon der Entfesselung eines zweiten Weltkriegs, Modell Mussolini, bedurft. Aber, so heißt es im „Tag“:

Statt dessen gibt es eine „Einheitsfront“ von Sudendorff bis Lepel, die wieder einmal in Stresemanns Befolge sich an einem sogenannten machivollischen Protest gültig tut, gegen die Bergemöglichkeit der Südtiroler Einspruch erhebt. In diese Front reiht sich für die Deutschnationalen Prof. Spahn ein, der die Vertraulichkeit des Vorganges nur ein wenig übertreibt: auf den Tribünen versteht man nicht einen Satz... Richtig, Stresemann. Den dürfen wir ja nicht vergessen... Die Einheitsfront von Schwäbisch Gmünd aber, die alle Sklavenverträge unterzeichnet, spuckt jeder Mussolini an.

Da kommt die Befinnungsverwandtschaft mit Mussolini zum Ausdruck, so sehr, daß sie diesmal die häßliche Beschimpfung bis auf die Deutschnationalen ausdehnt. Wie im „Tag“, so im „Vokal-Anzeiger“:

Dr. Stresemann hat gestern entschieden seinen schlechten Tag gehabt... Und die Debatte war, abgesehen von der recht geschickten und würdigen Erklärung der Regierungsparteien, jämmerlich: Redner, von denen kein Wort verständlich bis zur Tribüne empordrang; der Saal nach kurzer Zeit so leer, wie nur je an kleinsten Tagen.

Der arme Redner der Deutschnationalen, auch er ist für die Hugenberg-Presse jämmerlich. Wer nicht das Schwert im Munde führt, wer nicht den Faschismus und die Nartheit Mussolinis übertrumpft durch Beschimpfung der deutschen Demokratie und Revanchegeschrei — der ist für diese Sorte Presse nicht „national“.

Heißt die neue Linie der Hugenberg-Presse Mussolini? Will sie wie er einen zweiten Weltkrieg? Will Herr Hugenberg nahe, nähere, nächste Beziehungen zu Mussolini? „Nationale“ Presse!

Auslandsecho der Reichstagsdebatte.

England.

London, 10. Februar. (U.) Die konservative „Times“ erhebt zu der Rede Stresemanns, sie wäre eine laute, aber würdige Antwort auf die Anschuldigungen des italienischen Premierministers. Jedoch hätte er einige Fragen mit mehr Schärfe und unumwunden er behandelt, als dies im Interesse einer Verständigung zwischen den beiden Ländern erwünscht wäre. Der Versuch, Deutschland als den Vorkämpfer nicht nur internationalen Rechts, sondern auch internationaler Moral hinzustellen, wäre, wenn auch unklug, doch verzeihlich gewesen. Die „Times“ legt die Rede Stresemanns dahin aus, daß Italien nichts tun dürfe, was Österreichs Recht auf Selbstbestimmung be-

hindern könne. Nichts dürfe den Anschluß unmöglich machen. Die Anschuldigung sei der eigentliche politische Hintergrund der explosiven Rede Mussolinis gewesen. Dies sei die wirklich ernste Seite des Vorfalles. Viel weitgehender äußert sich die liberale „Daily News“ in einem „Tolle Hunde“ überschriebenen Leitartikel. Das Blatt erklärt, Stresemann habe im Reichstag mit großer Würde auf die beleidigende Rede Mussolinis geantwortet. Die Entrüstung über die Rede Mussolinis finde ihren Ausdruck in der gesamten deutschen Presse und in der Haltung der Menge. Wenn vor dem Kriege ein verantwortlicher Minister ein anderes Volk in dieser Weise beleidigt hätte, wäre die Folge sofortiger Abbruch der diplomatischen Beziehungen und wahrlich eine Kriegserklärung gewesen. Mussolini fühle sich in seiner kaiserlichen Würde durch die Drohung eines deutschen Touristenbroschürens beleidigt, aber die Sprache, die er Deutschland gegenüber gebrauche, wäre eine solche, wie sie ein ernsthafter Mensch nur Hoffentstehen gegenüber gebrauchen würde. Die „Daily News“ schreibt: „Wir sind gewiß, daß

dieser hysterische Feuerstreich

die Ausdrücke seines Jornes gemäht hätte, hätte er nicht gemocht, eine militärisch verteidigungsunfähige Nation vor sich zu haben. Wohlwollend ist die deutsche Regierung, die die Rede Mussolinis als ein pathologisches Symptom bewertet, der Wahrheit am nächsten. Mussolini ist ein kranker Mann. Einige Krankheiten erzeugen Wahnsinn. Wenn Mussolini nicht verrückt ist, dann ahnen seine Aeusserungen mehr denen eines tollen Hundes, als dem Benehmen eines Mannes, der ernst genommen werden will. Die tatsächliche Streitfrage, nämlich die Frage der deutschen Minderheiten in Südtirol, wird wahrscheinlich von der deutschen Regierung vor den Völkern gebracht werden. Wir beneiden den Völkern nicht um seine Aufgabe.“

Frankreich.

Paris, 10. Februar. (U.) Die linksgerichteten Blätter begrüßen es, daß diplomatische Diskussionen an die Stelle der Gewalt treten. — Der „Petit Parisien“ bezeichnet die Rede Dr. Stresemanns als energisch, aber gemäht. „Noch fühle, so meint das Blatt, daß Dr. Stresemann es vermeiden möge, daß dieser Zwischenfall ernste politische Folgen habe.“

Nordamerika.

New York, 10. Februar. (U.) Die Zeitungen können sich natürlich noch nicht in längeren Kommentaren mit der Rede befassen, um so mehr aber sprechen politische Kreise darüber. Die „Evening Post“ führt aus, daß dem Italiener Mussolinis die Einverleibung Tirols nicht genüge, es verlange die Verschließung der Grenzen zur strategischen Sicherung bis nach Innsbruck. (U) Der Imperialismus Mussolinis mache Vortritt zu einem hohlen Gespött und die Genfer Konferenz zu einer leeren Geste.

Der Affe des Narren.

Nach der Kammerrede Mussolinis brachte Gabriele d'Annunzio an den „Duce“: „Die schweigende Nacht des Garda-Sees wünscht Dir Glück zu den männlichen Worten und kommentiert mit 27 Kanonenschlägen von der Spitze meines Kriegsschiffes Buglia.“ — Hoffentlich verläßt das „Kriegsschiff“ dieses Berückten nur über Feuerwachtürme, mit denen er seinen Schaden anrichten kann!

Wah-Ausland Deutsch-Oesterreich.

Wien, 10. Februar. (U.) In der „Arbeiter-Zeitung“ heißt es: Die Debatte des Reichstages ist von großer, ja geschichtlicher Bedeutung. Deutschland hat für uns gesprochen, für uns arme Oesterreicher, die sich in der Welt so wenig rühren dürfen. Oesterreichs Sorge ist auch Deutschlands Sorge und wenn Deutschland redet, redet es auch für Oesterreich. Ueber der Sitzung des deutschen Reichstages schwebte der Geist des Anschlusses.

Attentatversuch auf Primo de Rivera? Aus Gibraltar wird gemeldet, daß Primo de Rivera mit knapper Not einem Attentat entgangen sei. Eine Bombe, die die Attentäter 3 Kilometer von Barcelona auf die Eisenbahnstrecke gelegt hatten, sei einige Sekunden vor der Durchfahrt des Zuges, in dem sich Primo de Rivera nach Madrid begab, explodiert.

Die Staatsprache! Der Organisator der finnischen Flotte, Admiral A. Schouk und 17 andere Seeoffiziere schwedisch-finnischer Abstammung, werden abgelöst, weil sie nicht vorchriftsmäßig genug finnisch können.

Der Direktor.

Von Kaspar Ludwig Merkl.

„Neberall sollte man sein können“, sagte der Direktor, wischte sich die Schweißtropfen von der Stirn und rannte in die Buchhaltung, um nachzusehen, daß keine Dummheiten gemacht wurden. Richtig, gerade kam er noch zur rechten Zeit, um sozusagen im Handumdrehen eine Vertreibung aufzuhalten, Herrgott, gerade ging es noch, es war zum Teufel holen. Aber er hatte nicht Zeit, sich da lange aufzuhalten, er schob zur Türe hinaus, rannte in die Verkaufsstelle und ließ seine Luchsaugen umherspäzieren, denn er sah überall etwas, was nicht in Ordnung verlief. Jammoh! überall mußte er nachsehen, o, seine Zeit reichte nicht aus, er rannte und hehte, rief sich sozusagen die Frühe aus und verrenkte sich die Arme. Gut, daß er von der Vide auf gedient hatte und alles verstand, ja, im Fluge überblicken und Falschheiten im Nu erspähen konnte. Neberall fuhr er wie Blig und Donner hinein, weiter, fluchte und tupfte sich die Schweißtropfen von der Stirne, um gleich im nächsten Augenblick wieder zu verschwinden, denn wie gesagt, seine Zeit war viel zu kurz, weil er notwendigerweise überall hätte zugleich sein sollen.

Er rannte in den Packraum, besichtigte hastig die fertigen Pakete, und wollte eben weitergehen, da, gerade noch sah er es. Gleich erblickte sich seine heruntergewirrhelten Nerven, denn — es war zum Zerpringen — um jede Kleinigkeit mußte er sich kümmern, alles ging ihn an, ja, um es gerade herauszusagen, jeden Dreck mußte er im Auge behalten. Hatte da wieder dieser Esel von einem Packer die Anschriften über die Verpackung gefleht, nicht wahr, dann kamen die Pakete zurück, weil die Zettel zerrissen und die Bestimmungsorte nicht mehr lesbar waren. Also pustete der Direktor ordentlich los, redete sich sozusagen die Lunge aus dem Leibe heraus, und rief mit seinen hastigen Bewegungen wohl zwanzig solcher Zettel herab, damit sie richtig geschrieben und richtig aufgelegt werden sollten. Der Packer hatte dabei nicht gerade eine schöne Stunde, denn wie gesagt, der Direktor wütete nicht schlecht, schlemmte sich ordentlich aus und hatte einen roten Kopf bekommen, vor lauter Reden und Erklären.

Gut, daß er nicht viel Zeit hatte, denn kaum, daß die zwanzig Zettel heruntergerissen waren, da hehte ihn seine Pflicht schon weiter, er tupfte den Schweiß von der Stirn, rannte mit seinen kurzen Schritten der Türe zu, um nachzusehen, ob im Lager nicht wieder alles unter Wasser stand, Herrgott, überall mußte man dirigieren.

Allein der Packer, der bisher gar nicht zu Worte gekommen war, vertrat ihm den Weg und sagte: „Ja, Herr Direktor, wie soll man das machen.“ Nicht schlecht, dachte der Direktor wütend, was gab es doch für häßliche Menschen auf dieser Herrgottswelt. „Wie soll man es machen“, wiederholte er die Frage. „Reinigungsplan, wie soll man es machen. Gott im Himmel, tomahen Sie, ich will es Ihnen zeigen.“ Damit eilte er hastig an den Packer heran, rief

ein verschärftes Paket an sich, legte ein Anschreibblatt darauf und wollte eben herauspusten: „So, sehen Sie, ja.“ Allein, es war zum Teufel holen, das Anschreibblatt war zu groß und das Paket zu klein, und er mußte es anstellen wie immer, in jedem Falle mußte ein Stück Schmir mit eingeklebt werden. Was er einseh, daß er nicht zu Wege kam, rief ihm die Geduld, er warf das Paket auf den Tisch, sagte, daß er keine Zeit hätte, sagte, nun, so machen Sie es wie vorher und lies davon. Vor der Türe fiel ihm ein — ach, er mußte sich um alles kümmern —, daß er den Auftrag zu geben hatte, die Pakete müßten gleich noch mit der nächsten Post weg.

Aber da hatte es gute Bege, der Wagen rollte schon davon, denn zwanzig Anschriften waren nicht im Augenblick geschrieben, die Zeit jedoch war abgelaufen.

Da drehte sich der Herr Direktor wütend weg, tupfte sich den Schweiß von der Stirn und rannte in den Lageraum, um nachzusehen, ob nicht wieder das Wasser auf dem Boden stand. Herrgott, es war zum Teufel holen, um jeden Dreck mußte man sich kümmern.

Die feinste Waage der Welt. Nach den Angaben von Dr. Holz (Wärzburg) baute der Hamburger Feinmechaniker Kahlmann eine neue Waage, eine Wunderwaage, die bei Höchstbelastung von 20 Gramm bis auf ein Zehntausendstel Milligramm, also 0,000 000 1 Gramm, abzuwägen gestattet. Diese Waage, von Dr. Holz Ultrawaage genannt, ist, wie Dr. Holz-Berlin in der Zeitschrift „Der Naturforscher“ mitteilt, mit ihrer bisher nicht gekannten Empfindlichkeit die feinste Waage der Welt. Die Leistungen werden mit Hilfe einer mikroskopischen Vorrichtung abgelesen. Die vornehmste feinste Analysenwaage war die Mikroskop- oder Mikrowaage, die höchstens ein Tausendstel Milligramm genau abwog. Die Vorbereitungsarbeiten bei der Herstellung der neuen Ultrawaagen werden von Kahlmanns Hilfskräften ausgeführt. Die peinlichsten feinsten Arbeiten, Zusammenstellungen und mühsamen Eichungen sind bis jetzt nur den geschickten Händen Kahlmanns gelungen. Er arbeitet in seiner Werkstatt unverdrossen, denn nicht nur deutsche, sondern auch schon ausländische Universitäten haben die Waage bestellt. Sie wurde zuerst in Würzburg, dann in anderen Kliniken eingeführt und wird in starkem Maße zu neuen Erfolgen in der biologischen Forschung beitragen. Die Technische Hochschule München ernannte Kahlmann zum Doktor ehrenhalber, eine besondere Ehre, weil sie gerade einem Nichtakademiker zuteil wurde. In der Ernennungsurkunde wird Kahlmann „Der geniale Erbauer“ genannt.

Ein pädagogisches Experiment. Die antisemitische Verheerung macht natürlich auch vor der Schule nicht halt. Um ihr entgegenzuwirken, ist jetzt an einem Wiener Reform-Realschulsystem eine sogenannte „Schulfamilie“ aus Juden, Christen und Mohammedanern gebildet worden, in der durch Auswache und Studium der religiösen Ideologien die konfessionelle Verhärmung gefördert werden soll. Obwohl wir der Meinung sind, daß religiöse Beirung und Auffklärung keine Angelegenheit der Schule sein kann und soll, möchten wir das Wiener Experiment begrüßen. Besucht es doch wenigstens der festen Willen der Beratenden, der konfessionellen Verheerung, die stets nur demoralisierend klassenmäßiger Interessenverletzung ist, entgegenzuwirken.

„Mensch und Tier im Urwald.“ Die Uronia-Besucher, die diesen ausgezeichneten Film sehen, genießen gleichzeitig das Vergnügen, den Afrikareisenden Hans Schomburgk mit Sachkenntnis und Humor seinen eigenen Film kommentieren zu hören. Landschaft, Menschen, Tiere aus der Negerepublik Liberia in Westafrika und ihrem zum Teil noch unerforschten Urwaldhinterland, werden hier mit einer intimen Naturtreue vorgeführt, wie man sie sonst selten im Film findet. Nur ein Tier — ein Krokodil — wird getötet, sonst wird im Gegensatz zu so vielen Jagdfilmen das Tier nur mit der Kamera erbeutet. Herr Schomburgk hat zuerst das Jagdgeschloß entdeckt und im Film festgehalten. Er hat auch sonst Seltene und zuvor von Europäern nicht Gesehenes erschlossen. Besonders dankbar wird man ihm sein für die auch photographisch sehr gelungenen Aufnahmen der Tänze von Frauenorden und Männergeheimbänden. Eingefaschten werden sehr lebendige Szenen aus (früheren) Logofilmen. Aber der Hauptindruck blieb doch: hier ist Natur und Mensch einer uns fremden Welt mit Liebe und Sorgfalt in größter Mannigfaltigkeit, die freilich manchmal zu abgerissenen Bildern führt, beobachtet und vor Augen geführt mit allen unmittelbaren Reizen des Ritterlebens. Welche Fülle von Anschauungen vermittelt das bewegte Bild, wozu auch die ausführlichste Buchführung nie gelangt wäre!

Briefe von Columbus. Aus dem Besitze des Herzogs von Teragona, eines Nachkommen des Entdeckers Americas, hat die spanische Regierung den gesamten schriftlichen Nachlass seines großen Vorfahren angekauft, darunter 87 sehr wertvolle und interessante Briefe, und in Sevilla zu einem besonderen Columbus-Archiv vereinigt. Das älteste Dokument ist ein Empfehlungsschreiben des Königs von Portugal. Aus den gesamten Schriftstücken läßt sich die ruhmvolle Laufbahn des Columbus und die allmählich aufkeimende Wirkkraft seiner Zeitgenossen verfolgen. Auch das Testament, das der Entdecker kurz vor seinem Tode in Valladolid schrieb, ist in der Sammlung enthalten.

Pensionen für Nachkommen russischer Dichter. Die Russische Akademie der Wissenschaften beantragt bei der Sowjetregierung die Bewilligung einer Pension für den einzigen Sohn des berühmten russischen satirischen Schriftstellers Saltykow-Schtschedrin. Der Sohn des Schriftstellers, dessen Werte einst so außerordentliches Aufsehen erregten, lebt in Pensa und ist infolge eines Unfalls arbeitsunfähig. Ferner hat die Akademie den Sohn Ostrowskis, eines der meistgespielten russischen Bühnenautoren, in ihre Dienste genommen und ihm auf diese Weise eine Versorgung gegeben. Endlich wird nach geplant, einigen Nachkommen weiblichen Geschlechts der Dichter Puschkin und Gogol Pensionen auszugeben.

Der Wäuerdor Adie-Georgula veranstaltet Sonntag nachm. 8 U. ein Konzert in der Chl. Harmonie unter Mitwirkung des Tenors Carl Böhm. Karten zu 1,20 M. einchl. Programm an der Kasse.

Der Fährer aus dem Jachtclub. Der Pöhlische Studentenclub und löst am Sonntag nachm. 6 Uhr, im Pöhl-Platz, Pöhl-Platz 18, Briefe und Nachrichten von Schaubert, Jäger, Karl Liebkecht und Rosa Lugendorf lesen. Eintritt frei.

Politik und Kunst. Anlaß der durch die letzte Rede Mussolinis hervorgerufenen Spannung werden verschiedene deutsche Künstler ihre italienischen Journen abgeben. So hat u. a. die Langenabde Mary Wigman auf eine Reihe von Gespielen in Italien verzichtet.

Thüringische Justiz.

Aus dem Untersuchungsausschuss des Landtags.

Weimar, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Untersuchungsausschuss des Landtages von Thüringen gab es am Dienstagabend eine neue Session. Der frühere Justizminister Genosse Dr. Rittweger erbrachte attemäßig den Nachweis, daß seinerzeit schwerste unzulässige Einwirkungen auf die Justizbehörden vorgekommen seien. Allerdings geschah das nicht von dem um die Jahreswende 1923/24 noch im Amt befindlichen sozialistischen Regierung, sondern von der Reichswehr und deren Heeresanwalt Kostermund, der der Vertrauensmann der Reichswehr in der Staatsanwaltschaft in Weimar war. Die sozialdemokratischen Minister wurden an allen Ecken und Enden bespitzelt, ja selbst Telefongespräche des Generalstaatsanwalts Oberländer, der sich heute noch im Amt befindet, wurden überwacht. Als er davon erfuhr, erklärte er schließlich dem Genossen Dr. Rittweger, daß er diese Bespitzelung einfach nicht mehr ertrüge, sondern die Absicht habe, aus seinem Amte zu scheiden. Auf Grund dieser und anderer Vorgänge wurde die Voruntersuchung gegen den Staatsminister Genossen Herrmann dem Staatsanwalt Müller abgenommen und in die Hände des Generalstaatsanwalts gelegt, weil die Beeinflussung durch die Reichswehr geradezu zu einer Gefährdung der Rechtspflege geführt hätte.

Mussolini intrigiert im Völkerbund.

Deutschland soll auf seinen Ratssitz warten.

Aus London wird gemeldet, daß man nicht nur in dortigen Regierungskreisen, sondern auch in denen des Völkerbundes erwäge, ob man Deutschland nicht vorschlagen soll, auf seine Zuwahl in den Völkerbundrat bis zum September zu warten. Dieser Plan hat seine Ursache darin, daß auch Spanien, Brasilien und Polen einen Ratssitz beanspruchen, während insbesondere die englische Regierung der Auffassung ist, daß als Mächte ersten Ranges nur Deutschland, Rußland und Amerika noch einen Ratssitz zu beanspruchen haben. Die Verlegung des deutschen Anspruches auf September soll dem „Blas der Wäuterten“ die Möglichkeit schaffen, Brasilien, Polen oder Spanien nicht in den Rat zu wählen. Angeblich — wir sehen nicht, wieso — glaubt man derzeit aus der Schwierigkeit herauszukommen, daß diese drei Regierungen Deutschland nicht in den Rat wählen wollen, wenn sie selbst nicht hineinkommen. Diese neue Intrige ist vor allem auf Mussolini zurückzuführen. Wie wir erfahren, hat er dem italienischen Völkerbundsdelegierten Anweisung gegeben, im Zukunft grundsätzlich gegen Deutschland zu stimmen.

Gegenteilige Erklärung Drummonds.

Wien, 10. Februar. (Wib.) Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, sagte, nach der amtlichen deutschen Ankündigung des deutschen Aufnahmeantrages, dem Generalsekretär der „Kölnischen Zeitung“ u. a.:

Seit dem Bestehen des Völkerbundes ist es das erste Mal, daß der Rat die Einberufung einer außerordentlichen Völkerbundsversammlung ins Auge zu fassen hat. Diese Tatsache beweist Ihnen, welche große Bedeutung die Mitglieder des Völkerbundes der Aufnahme Deutschlands beimessen und wie lebhaft sie wünschen, sobald als möglich die volle Mitarbeit Deutschlands zu gewinnen. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird die Zusammenarbeit noch vollkommener gestalten im Interesse der Eintracht unter den Nationen, der Aufrechterhaltung des Friedens und der Universalität des Völkerbundes. Ich kann Ihnen daher meine lebhafteste Freude über das große Ereignis aussprechen, das der Antrag Deutschlands auf Eintritt in den Völkerbund bedeutet. Ich bin dabei sicher, die Gefühle des Völkerbundesrates wiederzugeben, der am Schluß seiner letzten Rote Deutschland erklärt hat, daß Deutschland sich seinen Arbeiten bald anschließen möchte und damit bei der Erhaltung des Friedens die Rolle zu spielen, die seiner Bestimmung entspricht.“

Hier ist also von einer Hinausschiebung der deutschen Mitarbeit im Rat noch keine Rede — im Gegenteil!

Coolidge über „europäische Unaufrichtigkeit“.

London, 9. Februar. (Wib.) „Morning Post“ meldet aus Washington, es werde wiederum über eine zunehmende Unaufrichtigkeit und Verstimmung Coolidges wegen der „Unaufrichtigkeit gewisser europäischer Staatsmänner“, die in dem Ausschuss der Vorkonferenz für die Abrüstung zum Ausdruck komme, berichtet. Es heiße, Präsident Coolidge sei entschlossen, eine Konferenz nach Washington zu erzwingen, wenn er nicht die einstimmige Zustimmung erhalte, daß die Konferenz stattfinden werde und daß die Nationen in ehrlicher Absicht zustimmten. Es werde gesagt, daß Coolidge finanziellen Druck als Waffe benutzen werde. Dieses Gerücht sei übertrieben, fährt der Bericht fort, aber wahr sei, daß Coolidge eine Konferenz in Washington wünsche und der Teilnahme an einer Konferenz in Europa unter den Auspizien des Völkerbundes nur mit Widerstreben seine Zustimmung erteilen werde.

Die Arbeitslosigkeit in Polen.

Unruhen in Kalisz.

Warschau, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Magistratsgebäude in Kalisz sammelte sich heute eine große Menge Arbeitsloser an und forderte durch eine Abordnung vom Stadtpräsidenten eine Verdoppelung der Unterstützung. Da die Abordnung eine ungünstige Antwort erhielt, stürmte die Menge in das Gebäude hinein, beschädigte die Einrichtung und mißhandelte den Präsidenten. Die herbeigeeilte Polizei konnte nichts ausrichten. Einige Polizisten wurden verwundet, andere entworfen. Darauf wurde Militär ausgedient, das die Menge zerstreute, wobei neun Demonstranten und einige Soldaten Verletzungen erlitten. Am Abend war die Ruhe wieder eingetreten. Aus Warschau sind einige sozialistische Abgeordnete und aus Lodz höhere Beamte eingetroffen, die eine Untersuchung einleiten.

Erwerbslosigkeit und Wohnungsneubau.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Landtags fordert in einem Antrag zur Verminderung der Erwerbslosigkeit insbesondere, daß ein namhafter Teil der für 1928 vorgesehenen Mittel für öffentliche Bauten schon jetzt zur Verfügung gestellt werde. Für die Finanzierung des Wohnungsbaus soll vorläufig ein Betrag von 50 Millionen Reichsmark den Kommunalverbänden überwiesen werden.

Nationale Platte. Wir berichteten gestern von dem Liebesdienst, den die „Niederdeutsche Zeitung“ (Nationales Tageblatt) in Honnover dem Mussolini leisten zu müssen glaubte. Noch am gleichen Tage muß das Blatt mitteilen, daß es den Antrag auf Geschäftsauflösung stellen mußte, da ihm die Mittel ausgegangen sind.

Richterstreik in Peking. Meldungen aus Peking besagen, daß die Richter des Obersten Gerichtshofes wegen unpünktlicher Zahlung der Gehälter in den Streik getreten sind. Seit drei Monaten wurden keine Gehälter mehr gezahlt.

Ich verkaufe . . .

Auf dem Tisch in der Kneipe, wo ich zum Abendbrot meine gewohnte Salette mit Kartoffelsalat verzehre, liegt die Beilage zur Montagsnummer der Hugenbergischen Nachtausgabe. Kein angenehmes Komposit, in der Tat!

Ueber alle vier Spalten prangt die Ueberschrift: „Ich verkaufe die Nachtausgabe in der blauen Uniform an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Erlebnisse von Mo.“ Best es und staunt! Herr von und zu Scherl-Schmold, sonst nur in Lack und Frack auf Pressebällen oder in leichter Vermummung — man muß doch gesehen werden! — auf Mastenfeldern, mischt sich in höchstgelegener Person unter das gemeine, arbeitende Volk. Und wie macht er das! Hochinteressant und wert, über fünfzig Scherl-Zellen hinweg behandelt zu werden, ist es, wie sich der Gent vor den Augen der verammelten Familie in einem ordinären Proletarier verandelt und die „blaue Uniform“ mit sämtlichen Scherlischen Reklamemotiven behängt. Und was die Bekannten sagen, die ER, Herr von Scherl-Schmold, auf der Straße trifft! „Jawohl, die Zeiten sind schlecht!“ beteuert er voll — nein, wie wichtiger — Selbstironie, aber wenn einer über diesen beipiellosen Niedergang in ein buchstäbliches: „R-i-ch-t

Oeffentliche Kundgebung

für Baumchulenberg und Nachbarorte am Sonntag, den 14. Februar, vormittags pünktlich 10 Uhr im Saal des Kino, Baumchulenberg, Baumchulenbergstraße. Thema:

für Volksbegehren, für Volksentscheid, gegen die Fürstenabfindung.

Ansprache: Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe. Sammeln zum Aufruf: vormittags 9 Uhr in der Köpenicker Landstraße, Ecke der Baumchulenbergstraße.

mö-ö-glich!“ ausbricht, wird im Flüsterston zugegeben: „Ist auch nicht möglich! Journalistisches Experiment!“ „Famos, famos!“ schmunzelt der Herr Doktor im Geheiß, den ER sonst täglich im Café sieht.

Ist auch nicht möglich! Selbst der wirkliche Zeitungshändler, der richtige Proletarier, der sonst an der Ecke steht und im Gegenatz zu Herrn Mo Schmold echtes Berlinisch spricht, wird eingeweicht und dadurch in seinem anfänglichen Zorne befähigt. „Das Ding is jut!“ soll er gesagt haben, und er strahlte übers ganze Gesicht, als er Herrn Scherl-Schmolds Bombenwerdienst einlassieren durfte. „Ja, solch Zeitungshändler hat's besser als unferne!“ denkt der Fabrikdirektor und Hugenbergler. „Steht ein paar Stunden und hat die Taschen voll Geld. Und dann befragt sich das Paar!“

Beiß Herr Mo, wieviel ehrenhafte Schriftsteller und Künstler sich während der Instanzzeit als Zeitungshändler ihre lärgliche Brot verdient haben und wieviele es heute noch tun? Nein, er weiß es nicht. Braucht es auch nicht zu wissen. Denn wer bei der Presse zur Hugenbergischen „Auszehung Deutschlands“ — so heißt das Heftflugblatt ja wohl — beschäftigt ist, sinkt nicht so tief.

Er — nun ja — er schreibt eben nur: „Ich verkaufe die Nachtausgabe in der blauen Uniform an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche.“

Guten Erfolg, Herr von Scherl-Schmold!

Ein reumütiger Sünder.

Weil er anständig werden will.

In düsterer Justizhauskloide mußte der Arbeiter Alfred Sch. auf der Anklagebank des Schöffengerichts Berlin-Mitte Platz nehmen. Erst vor kurzer Zeit hatte ihn dieselbe Kammer wegen zahlreicher schwerer Diebstähle zu der empfindlichen Strafe von vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Jetzt galt es noch, ein kleines Konto zu begleichen, das nachgelassen war, einen Diebstahl von 28 Tauben.

Als der Angeklagte in den Saal geführt wurde und seine Augen in den Jubelraum hinüberglitten, huschte über seine Züge ein freundliches Aufleuchten; mit einem kurzen Kopfnicken begrüßte er eine Frau. Wie sich später herausstellte, war es die Frau, mit der er erst im Dezember vorigen Jahres in der Anstaltskirche des Zuchthauses Sonnenburg die Ehe geschlossen hatte. Diese tapfere Frau stammt aus einer anständigen Familie und will ihrem Mann nach Verbüßung seiner Strafe — es sind vier lange Jahre — helfen, jenen anderen Weg zu betreten, der ihn wieder unter freie und arbeitbare Menschen führen soll. Sch. beteuert, dieses Leben laß zu haben, er will nicht mehr, wie bisher, hinter Gittern und Zuchthausmauern für Latzen des Leichsinns und der Bergeweißung schmachten. Die Heirat sollte der Anfang zu einer neuen Zeit für ihn werden. Es war auch ein schmadoles Leben, das der Angeklagte führte. Lange Zeit hindurch galt er als einer der gefährlichsten Bodendiebe des Nordens. Kein Vorhängeschloß widerstand ihm und keinen Komplexen. Randa Hausfrau, die mit Fleisch und Sparanleihe die selbst gewaschenen Wäsche zum Trocknen auf den Boden häute, wurde ein Opfer der gefährlichen Eindringler, die unter der Führung des Sch. standen. Selbst die einzige Freude armer Leute, eine Schar Tauben, gehörte zu der vollkommenen Beute jener Bodendiebe. Der Angeklagte hatte es sogar zu einer gewissen Fertigkeit gebracht, die scheuen Tierchen einzufangen und unbemerkt fortzubringen, und zwar 28 auf einmal, für die Sch. jetzt noch verantwortlich gemacht wurde. Der Angeklagte blieb seinem Vorhaben treu, er gestand seine Schuld ein. Da er sich auch in der Anstaltsmusterschule geübt hat, schon ziemlich erheblich bestraft ist und doch jetzt wirklich ein anständiger Mensch werden will, war das Gericht recht einwillig. Sch. erhält nur eine Zuchtsstrafe von vier Monaten Zuchthaus. — Und doch, eine lange Zeit, das junge Paar wird viel Geduld haben müssen.

Steuerfreie Einlagen bei der städtischen Sparkasse.

Das Einkommensteuergesetz vom 10. August 1923 sieht wieder ein Einkommensteuerefreies Spareinlagen vor. Diese Bestimmung bietet die Möglichkeit, an Stelle der Lebensversicherung einen Sparvertrag zu erwerben, der steuerfrei ist. Der Weg hierzu liegt jedem offen, der seine Spareinlagen unwiderruflich auf 20 Jahre (oder für den Todesfall) bei der Sparkasse festlegt und diese Vereinbarung seinem Finanzamt mitteilt. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann jeder jährlich bis zu 480 Reichsmark steuerfrei sparen, d. h. den ersparten Betrag als Werbungskosten von dem steuerpflichtigen Einkommen in Abzug bringen. Für die Ehefrau und jedes nicht selbständig zu veranlagende Kind erhöht sich der abzugsfähige Betrag um je 100 Reichsmark. Zu berücksichtigen ist dabei, daß in die abzugsfähige Summe von 480 Reichsmark auch die Beiträge zur Sozialversicherung, Steuerbefreiung und die Versicherungsprämien eingeschlossen sind. Für Steuerpflichtige, deren Einkommen dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegt, gilt folgendes: Sofern mit dem Steuerabzug vom Arbeitslohn die Steuerlast abgenommen wird, bleiben jährlich 240 Reichsmark (ab 1. Januar 1926) zur Abgeltung der Sonderleistungen steuerabzugsfrei. Uebersteigen die steuerfreien Sparein-

lagen und die übrigen Sonderleistungen den freibleibenden Betrag von 240 Reichsmark, so muß der Lohnsteuerpflichtige für den übersteigenden Betrag einen besonderen Antrag auf Steuerbefreiung am Schluß des Steuerjahres an das zuständige Finanzamt richten. Die Sparkasse der Stadt Berlin hat für alle ihre Geschäftsstellen Einrichtungen für die Annahme von steuerfreien Einlagen geschaffen. Auskunft erhalten die Interessenten an den Schaltern.

Bevölkerungszuwachs in Berlin.

Zum ersten Male wieder ein Geburtenüberschuß.

In den Berliner Wirtschaftsberichten, die von Dr. Büchner, dem Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, herausgegeben werden, gibt der statistische Obersekretär Augustin eine vorläufige Zusammenstellung der in Berlin im Jahre 1925 geborenen Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle. Das Ergebnis ist diesmal erheblich günstiger als im Jahre 1924, das besonders bei den Eheschließungen einen außerordentlichen Tiefstand aufgewiesen hatte.

Im Jahre 1925 wurden in Berlin 34 930 Ehen geschlossen, gegenüber nur 30 630 in 1924, aber 41 519, 47 655, 45 138, 52 833 in 1923, 1922, 1921, 1920. Aus das Tausend der Bevölkerung berechnet war die Zahl der Eheschließungen in 1925 wieder 8,6, in 1924 nur 7,8, in 1923 zurück bis 1920 noch 10,5, 12,1, 11,6, 13,7. Zugunommen hat auch die Zahl der Lebendgeborenen. Sie war in 1925 wieder 46 721, gegenüber nur 41 545 in 1924 und 38 924, 45 686, 53 901, 63 614 in 1923 bis 1920. Aus das Tausend der Bevölkerung wurden lebend geboren in 1925 11,6, in 1924 10,5, in 1923—20 9,9, 11,6, 13,9, 16,5. In 1925 war trotz der eingetretenen Geburtenzunahme die Zahl der Lebendgeborenen immer noch um fast 17 000 geringer als in 1920, um fast 5 auf das Tausend der Bevölkerung. Abgenommen hat in 1925 die Zahl der Sterbefälle. Es starben (einschl. Totgeborene) 45 368, gegenüber 47 179 in 1924 und 49 832, 52 984, 47 012, 55 735 in 1923—1920. Aus das Tausend der Bevölkerung starben (einschl. Totgeborene) in 1925 nur 11,2, in 1924 12,0, in 1923—1920 12,7, 13,5, 12,1, 14,4. Die Mehrung der Geburten und die gleichzeitige Minderung der Sterbefälle hat für 1925 zum ersten Male wieder einen Geburtenüberschuß gebracht. Er stellt sich allerdings erst auf 1353. Das ist wenig, sehr wenig, aber es bedeutet doch schon eine Besserung gegenüber den Vorjahren, die nach Sterberüberschüsse brachten. Der Sterberüberschuß betrug in 1924, 1923, 1922 5633, 10 908, 7298.

In der Zusammenstellung wird hervorgehoben, daß gegenüber den Ergebnissen der Berliner Zu- und Wegzüge dieser Geburtenüberschuß bedeutungslos sei. Nach vorläufiger Feststellung soll im Jahre 1925 der Ueberfluß der Bezüge über die Zugzüge 103 500 betragen haben. Danach müßte in 1925 die Bevölkerung Berlins um rund 107 000 zugenommen haben. Wo mögen bei dem herrschenden Wohnungsmangel all die Zugezogenen untergekommen sein?

Keine Änderung der Theatersteuer.

Der Magistrat hat sich in seiner Sitzung vom 10. Februar noch einmal eingehend mit den Anträgen des Verbandes der Berliner Bühnenleiter auf Ermäßigung der Vergnügungssteuer beschäftigt. Bekanntlich hatte die Finanz- und Steuerdeputation vorgeschlagen, daß die Steuer für die Theaterbetriebe, die in einem Monat nachweislich mit Unterbilanz gearbeitet haben, nachträglich von zehn Prozent auf fünf Prozent ermäßigt werden sollte.

Der Magistrat hat nach erneuter Prüfung seinen früheren ablehnenden Beschluß beibehalten. Die finanzielle Notlage vieler Berliner Theaterbetriebe sieht außer Zweifel. Aber diese Notlage ist nicht durch die Vergnügungssteuer herbeigeführt, sondern durch die allgemeine schwierige Wirtschaftslage, ferner durch die starke Konkurrenz der Lichtbildtheater, nicht zuletzt auch durch die Wirkungen des Rundfunks begründet. Diese Notlage würde auch bei einer Herabsetzung der Vergnügungssteuer auf 5 Proz. bestehen bleiben. Vor allem aber hat der Magistrat den Antrag auch aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen müssen.

Die Vergnügungssteuer ist von den Besuchern der Vergnügungsorten, also insbesondere auch der Theater, zu zahlen, ist von vornherein für die Stadt und nicht für den Unternehmer bestimmt; sie ist keine Steuer vom Ertrags des Unternehmens und eine Ermäßigung dieser Steuer unter der Voraussetzung, daß das Theater mit Unterbilanz arbeitet, wäre mit dem Wesen der Vergnügungssteuer als einer Steuer der Besucher unvereinbar. Will man die Frage entscheidend sein lassen, ob der Betrieb mit Gewinn arbeitet oder nicht, so müßte die Vergnügungssteuer folgerichtig von einer Steuer der Besucher und Teilnehmer der Vergnügungen in eine Steuer der Unternehmer nach dem Ertrage umgewandelt werden, was im Ernst niemand wünschen wird. Die von der Deputation beabsichtigte Regelung kann demnach nicht durchgeführt werden. Die Vergnügungssteuer für die Theater wird auch weiterhin mit 10 Proz. erhoben.

Streckenarbeiter im Tunnel überfahren.

6 Arbeiter tot, mehrere schwer verletzt.

In der Nacht zum Mittwoch gegen 1/3 Uhr fuhr im Tunnel bei Oberhof ein Arbeitszug in eine Gruppe von ungefähr 80 Arbeitern hinein, die dort mit Eisarbeiten beschäftigt waren. Die Arbeiter konnten des Herannahens des Zuges infolge des starken Nebels, der im Tunnel herrschte, nicht wahrnehmen. Sechs von ihnen wurden getötet, eine ganze Anzahl mehr oder weniger schwer verletzt.

Streckbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

Karlshorst. Die Streckbetafel der verstorbenen Genossin Anna R. schiedt findet am Freitag, den 12. Februar 1926, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Baumchulenberg statt.

Sport.

Paolino schlägt Jones.

Paris, 10. Februar. (Wib.) Der mit Spannung erwartete Borkamp zwischen dem Besteger Breitensträfers, dem spanischen Meister Paolino, und dem Kanadier Soldier Jones, der gestern abend im Cirque de Paris zum Austrag kam, endete bereits in der ersten Runde mit einem L.o.-Sieg Paolinos. Damit ist der Borkamp zwischen Paolino und Diener in Berlin am Freitag abend endgültig gesichert.

Eislaufmeisterschaften im Sportpalast.

Vom 12. bis 14. Februar werden im Sportpalast die Weltmeisterschaften im Eiskunstlaufen und Paarlaufen ausgetragen. Die Austragung gewinnt an internationaler Bedeutung dadurch, daß fünfzehn erstklassige ausländische Vereine neben zahlreichen deutschen in Konkurrenz treten. Die Weltmeisterschaft im Eiskunstlauf hat B. Böckle-Oesterreich zu verteidigen. Die Paarlaufmeisterschaft gewannen 1925 in Wien die bekannte Eiskunstläuferin Frau Herma Szabo-Jarosh—Ludwig Brede-Oesterreich. Vormittags beginnt das Training der Teilnehmer, der Abend verpricht ein hochinteressantes Programm. Die „Kanadiermannschaft“ Paris tritt in einem internationalen Eiskunstlauf-Wettbewerb auf den „Wiener Eislaufverein“, ebenso der „Berliner Schlittschuhklub“ gegen die tschechische Vöndermannschaft. Am Sonntag beginnen die Kämpfe bereits vormittags 9 Uhr. Der Nachmittag bringt Kürlaufen und internationale Juniorenkonkurrenzen für Herren und Damen (Walzer-Konkurrenzen) und Eiskunstläufer. Als letzter Tag der Weltmeisterschaften bringt der Sonntag eine stattliche Zahl von Meisterkür- und Paarläufen.

